



Senat führt Kennzeichnungspflicht ein!

DPoIG: Rot-grüne Misstrauensallianz gegen die Polizei

Innensenator Andy Grote (SPD) hat vor wenigen Wochen erklärt, dass der Senat die Kennzeichnungspflicht für die Polizei einführen will. Nach dem Willen der Innenbehörde sollen Kolleginnen und Kollegen der Landesbereitschaftspolizei zukünftig eine sechsstelligen Ziffernkombination sichtbar am Einsatzanzug tragen. Das hat natürlich alles nichts mit Misstrauen zu tun, sondern mit dem Verlangen der Bürger nach Offenheit und Transparenz. „Und wo in die Grundrechte eingegriffen wird, wollen die Menschen die Polizisten erkennen können“, so Grote im Pressegespräch. Den Hamburgerinnen und Hamburgern mag vieles unter den Nägeln brennen, dass Polizisten der Landesbereitschaftspolizei bisher während des Dienstes in geschlossenen Einheiten kein Namensschild oder eine Nummer an ihrem Dienstanzug tragen, gehört ganz sicher nicht dazu. Wir werten diese Aussage als ein vorgeschobenes, leicht durchschaubares Argument. Es gibt nur wenige



Mit tatkräftiger Unterstützung von FDP und Die Linke will der rot-grüne Senat die Kennzeichnungspflicht einführen. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Landesbereitschaftspolizei sollen dann zukünftig mit einer sechsstelligen Nummer versehen werden.

Berufsgruppen, die in der Bevölkerung ein solch hohes Ansehen und Vertrauen genießen wie die Polizei. Werte, von denen Politiker nur träumen können. Tatsächlich geht es dem Innensenator und der Hamburger SPD um die Befriedung des grünen Koalitionspartners. Der ehemalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hatte zur Kennzeichnungspflicht eine unmissverständliche Meinung, ohne eine einvernehmliche Lösung mit den Polizeigewerkschaften läuft gar nichts. In der „Nach-Scholz-Ära“ will davon niemand mehr etwas wissen. Jetzt heißt es: „Machen wir, kost' ja nix.“

Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg: „Mit der, faktisch by the way, von Innensenator Grote verkündeten Einführung der Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einheiten der Polizei richtet der Senat und der ihn

tragenden Parteien einen Flurschaden an, dessen Ausmaß Senat und Innenbehörde noch gar nicht erkennen können. Die Kennzeichnungspflicht ist vollkommen überflüssig, denn sie ändert objektiv nichts, gibt meinen Kolleginnen und Kollegen jedoch das Gefühl, dass man ihnen mit Misstrauen begegnet. Weder das Dezernat Interne Ermittlungen (DIE) noch die Staatsanwaltschaft können sich an einen Fall erinnern, bei dem es nicht möglich war, Polizisten zu identifizieren, um einen Sachverhalt zu klären oder Straftaten zu verfolgen. Wenn Polizeipräsident Ralf Martin Meyer in diesem Zusammenhang sagt, dass es gegenwärtig nicht an einer mangelnden Identifizierbarkeit liegt, dass strafbare Vorwürfe gegen Polizisten nicht aufgeklärt werden, dann ist es umso unverständlicher für mich, dass die Polizeiführung die Einführung der Kennzeichnungspflicht unter-

stützt. Es ist bezeichnend, dass Linksextremisten nach vollmundigen Ankündigungen im Nachgang des G20-Gipfels jetzt wieder vom Senat in Ruhe gelassen werden, die Polizei jedoch an die Kandare genommen wird.“

▶ Anhörung im Innenausschuss

Genau eine Woche bevor Innensenator Grote die beabsichtigte Einführung der Kennzeichnungspflicht per Gesetz verkündete, fand im Innenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft eine Expertenanhörung statt. Die Bürgerchaftsfraktionen von FDP und Die Linke haben jeweils einen eigenen Antrag zur Kennzeichnungspflicht eingebracht. Beide Parteien und auch Justizsenator Till Steffen (Bündnis 90/ Die Grünen) bejahen eine generelle Kennzeichnungspflicht auch für Polizeibeamte in ge-

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr
Fotos: DPoIG Hamburg,
Frank Riebow
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



© Frank Riebow

exzellent. Laut „Forsa“-Umfrage „Vertrauen in Institutionen 2018“ vertrauen 88 Prozent der Bundesbürger „ihrer“ Polizei. Eine Kennzeichnungspflicht ist schlicht überflüssig.

Die Expertenanhörung sollte den Bürgerschaftsabgeordneten unter anderem die Möglichkeit geben, sich mit Sachargumenten und dem Für und Wider einer Kennzeichnungspflicht auseinanderzusetzen. Durch die Entscheidung des Innensenators wurde die Expertenanhörung im Nachhinein zu einer politischen Showveranstaltung.

> Letzter Gedankenaustausch vor der Expertenanhörung im Innenausschuss: Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Bundesvorsitzender Rainer Wendt, Ronald Helmer, Fachbereichsvorsitzender Schutzpolizei, Gerry Busker, Beisitzer LBP, Landesvize Klaus Vöge und Landesvorsitzender Joachim Lenders (von links).

geschlossenen Einheiten. Zur Expertenanhörung wurde unter anderem **DPoIG**-Bundesvorsitzender Rainer Wendt von der CDU-Bürgerschaftsfraktion eingeladen. Die Position der **Deutschen Polizeigewerkschaft** ist glasklar: **Die DPoIG in Bund und Ländern lehnt eine individualisierte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in geschlossenen Einheiten ab! Warum?**

> Auch Polizeibeamte haben selbstverständlich einen Anspruch darauf, dass ihre Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben, dazu zählen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten. Heu-

tige Technologien sind in der Lage, scheinbar belanglose Daten zu verknüpfen und eine anonymisierte Kennzeichnung (Zahlen- beziehungsweise Buchstabenkombination) ad absurdum zu führen.

- > Schutz vor Gefährdungen von Polizeibeamten und ihren Angehörigen im privaten Bereich.
- > Es gibt keine Unterschiede im Einsatzverhalten der Polizei oder im Anzeigeverhalten der Bürger, ob es eine Kennzeichnungspflicht in den Bundesländern gibt oder nicht. In Nordrhein-Westfalen wurde die Kennzeichnungspflicht folgenlos wieder abgeschafft.
- > Das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zur Polizei ist

> Stimmen zur Einführung der Kennzeichnungspflicht

- > „In der Anhörung in der Hamburger Bürgerschaft war klar geworden, dass eine Kennzeichnungspflicht nichts anderes ist als ein kollektives Misstrauensvotum gegen alle Beschäftigten der Hamburger Polizei. Sie ist ein überflüssiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Kolleginnen und Kollegen, der durch nichts gerechtfertigt ist.“ Rainer Wendt, **DPoIG**-Bundesvorsitzender via Facebook, 22. Juni 2018
- > „Von Normalbürgern habe ich diese Forderung noch nie gehört. Mir scheint, dass Grote hier dem Druck des grünen Koalitionspartners nachgibt, nachdem Bürgermeister Olaf Scholz nach Berlin entschwinden ist.“ Christian Kersting, „Achtung, Kersting!“, „Bild“ Hamburg, 28. Juni 2018
- > „Eine Art, der Truppe seine Wertschätzung zu zeigen.“ Hagen Meyer, Chef „Bild“ Hamburg via Twitter, 22. Juni 2018
- > „Aber in wenigen Monaten gelang es Grote, ein Vertrauensverhältnis zu den 10.000 Hamburger Polizistinnen und Polizisten aufzubauen. Das riskiert er nun völlig ohne Not.“ Stephan Steinlein, „Hamburger Abendblatt“, 23. Juni 2018
- > „Das ist ein Denken in Waffengleichheit, die sich ein Rechtsstaat nicht gefallen lassen darf. Seine Polizisten sind keine marodierenden Anarchisten, sondern Beamte, die dafür sorgen, dass Gesetze eingehalten werden. Hamburg knickt vor der Vermummten-Lobby ein.“ Jasper von Altenbockum, FAZ, 30. Juni 2018
- > „Innensenator Andy Grote zieht die völlig falschen Lehren rund um den G20-Gipfel: Er führt die Kennzeichnungspflicht ein und die Rote Flora darf weiter ungestört ihr Unwesen treiben. Wir lehnen das ab und stehen hinter unseren Polizisten!“ Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion via Twitter, 22. Juni 2018
- > „Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer modernen Polizei.“ SPD Hamburg via Facebook, 27. Juni 2018
- > „Es gebe zwar viele Gründe, die gegen eine Kennzeichnungspflicht sprächen. Man könne es aber auch als ‚gute Idee‘ ansehen.“ Innensenator Andy Grote, „Hamburger Abendblatt“, 22. Juni 2018
- > „Wir haben da eine Defensiv-Debatte. Die räume ich jetzt ab, weil wir unseren Kritikern keine Angriffsfläche bieten wollen.“ Innensenator Andy Grote, „Bild“ Hamburg, 22. Juni 2018



© Frank Riebow

> In Hessen gibt es bereits eine Kennzeichnungspflicht.



DPoIG-Forderung erfüllt: Erschwerniszulage für LKA 24/SE wird erhöht – Zulage auch für die BFE

Erhöhung der Zulage für LKA 24/SE – Zulage für BFE wird eingeführt!

Die **DPoIG Hamburg** hat es immer wieder gefordert, jetzt haben unser Beharrungsvermö-



© Frank Riebow

gen und das „Bohren dicker Bretter“ zum Erfolg geführt. Landesvorsitzender Joachim Lenders wurde von Innensenator Andy Grote (SPD) darüber informiert, dass der Senat beabsichtigt, die Sonderzulage für die Kolleginnen und Kollegen des LKA 24/SE auf 300 Euro zu erhöhen und für die Mitarbeiter in den Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) eine Zulage in Höhe von 170 Euro einzuführen! Die Hamburger Erschwerniszulagenverordnung (HmbEZulVO), welche den Anspruch und die Höhe der Erschwerniszulage für die Spezialeinheiten (LKA 24/SE) regelt, wurde letztmalig im



© Pixabay

Jahr 1994 von damals 200 auf 300 DM (entsprechend 153,39 Euro) erhöht. Für die Kolleginnen und Kollegen der BFE gab es nie eine Zulage! Wir freuen

uns für unsere Kolleginnen und Kollegen, diese Wertschätzung war längst überfällig!

Der Landesvorstand

Nachwuchsgewinnung

DPoIG: Akademie der Polizei bittet um Mithilfe

Zusammen mit Prof. Dr. Wim Nettelstroth von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin hat die AK 02 (Einstellungsstelle) ein Forschungsprojekt gestartet, das es in der deutschen Polizeigeschichte in dieser Form noch nie gab.

Die Akademie möchte in den nächsten Wochen Kolleginnen und Kollegen befragen, was eine erfolgreiche Polizistin beziehungsweise einen erfolgreichen Polizisten ausmacht und worauf es im Beruf (Anforderungsprofil) tatsächlich ankommt. Ziel der Befragungen ist es, herauszufinden, ob es modernere und praxisorientiertere Einstellungstests gibt, mit denen die Akademie dies

bereits frühzeitig erkennen kann. Hierzu sollen in Kürze über 1.000 Kolleginnen und Kollegen persönlich angeschrieben werden, die sich jetzt noch in der Ausbildung

des Laufbahnabschnitts I und Laufbahnabschnitts II befinden sowie junge Nachwuchskräfte des Polizeivollzuges. Die Studie wird anonymisiert durchgeführt und soll durch verschie-

dene Tests und einen Fragebogen helfen, das optimale Verfahren zu finden.

HINWEIS: Der Test wird einen Tag in Anspruch nehmen und als Dienstzeit abgerechnet!

Die **DPoIG Hamburg** unterstützt dieses Verfahren und bittet die angeschriebenen Kolleginnen und Kollegen darum, sich zahlreich am Test zu beteiligen. Es geht um die Zukunft unserer Polizei und kann helfen, die Einstellungstests der Akademie zu verbessern, damit wir auch in Zukunft die richtigen Nachwuchskräfte für die Polizei Hamburg finden.

Der Landesvorstand



© Pixabay



30. dbb Landesgewerkschaftstag Hamburg 2018

„Der öffentliche Dienst – wichtiger denn je!“

Thomas Jungfer und Michael Adomat zu stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden wiedergewählt



© Frank Riebow (10)

> Die **DPoIG Hamburg** war mit zahlreichen Delegierten vertreten.

Am 31. Mai und 1. Juni dieses Jahres kamen Delegierte aus allen Hamburger dbb Fachgewerkschaften zum 30. dbb Landesgewerkschaftstag zusammen. Der diesjährige Landesgewerkschaftstag stand unter dem Motto: „Der öffentliche Dienst – wichtiger denn je!“ und rückte damit die, unter anderem durch die Flüchtlingskrise und Migration hervorgerufenen, aktuellen Herausforderungen für den öffentlichen

Dienst in den thematischen Fokus. Die **Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)** ist die mitgliederstärkste Fachgewerkschaft des dbb Hamburg und war mit zahlreichen Delegierten vertreten. Im Mittelpunkt des ersten Tages standen naturgemäß die Wahlen zum Landesvorstand des dbb: Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**, und Michael Adomat, stellvertretende

der Vorsitzender des Fachbereiches Verwaltung der **DPoIG Hamburg** und Vorsitzender der dbb Landestarifkommission, wurden mit herausragenden Wahlergebnissen zu stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb Hamburg wiedergewählt. Die **DPoIG Hamburg** freut sich mit unseren Kollegen über dieses tolle Ergebnis und wünscht Thomas Jungfer und Michael Adomat viel Erfolg und Glück bei ihren Aufgaben in-

nerhalb unseres Dachverbandes. Rudi Klüver (kombi-gewerkschaft) erhielt erneut das Vertrauen der Delegierten und wurde einstimmig bei einer Enthaltung zum Landesvorsitzenden des dbb Hamburg wiedergewählt. Darüber hinaus hatten die Delegierten über zahlreiche Anträge abzustimmen, die unter anderem die gewerkschaftspolitische Arbeit des Landesvorstandes für die kommenden fünf Jahre prägen. Zu den Anträgen der **DPoIG Hamburg** zählte unter anderem die Aufforderung an den Landesvorstand, sich dafür einzusetzen, dass die Freie Heilfürsorge für Polizei und Feuerwehr wieder eingeführt wird. Im Rahmen der Öffentlichkeitsveranstaltung konnten die Delegierten Hamburgs neuen Ersten Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher (SPD) begrüßen. Der Bürgermeister sicherte zu, dass die Übernahme des Tarifergebnisses 2019/20 inhaltlich



> Wiedergewählt: Michael Adomat, Rudi Klüver und Thomas Jungfer (von links).



> **DPoIG**-Landesvize Freddi Lohse war Tagungspräsident des Gewerkschaftstages.



> 200 Delegierte aus allen dbb Fachgewerkschaften nahmen am Gewerkschaftstag teil.



> Landesvorsitzender Joachim Lenders (Bildmitte) mit den frisch wiedergewählten stellvertretenden dbb Landesbundesvorsitzenden Thomas Jungfer und Michael Adomat.

> 30. dbb Landesgewerkschaftstag 2018: Die Delegierten der **DPoIG Hamburg**.



> Podiumsdiskussion – es diskutierten: Deniz Celic (Die Linke), Anjes Tjarks (Bündnis 90/Die Grünen), Dirk Kienscherf (SPD), Moderator Herbert Schalthoff (Hamburg1), André Trepoll (CDU), Michael Kruse (FDP) und dbb Landeschef Rudi Klüver (von links).



> Landesvorsitzender Joachim Lenders im Gespräch mit dem Fernsehjournalisten Herbert Schalthoff (Hamburg1).



> Gäste der Öffentlichkeitsveranstaltung waren unter anderem NDR-Intendant Lutz Marmor, die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende MdB Kirsten Lühmann und Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher.



> Erster Fototermin: Michael Adomat, Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher (SPD) und Thomas Jungfer.

gleich und zeitnah auf die Landesbeamten übertragen wird. Diese von seinem Vorgänger getroffene Entscheidung wird genauso fortgeführt. Diese Selbstverständlichkeit ist leider in vielen anderen Bundesländern keine Selbstverständlichkeit, da sind dann eher Trickserien und ein Spiel auf Zeit an der Tagesordnung. Als weiterer Gast sprach dann NDR-Intendant Lutz Marmor zu den Delegierten. Er befasste sich in seiner Rede mit der zunehmenden Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Konstruktive Kritik ist immer willkommen, und Marmor führte aus, dass sich

der öffentlich-rechtliche Rundfunk damit auseinandersetzen und auch überprüfen. Maßstab bleibt der Zuschauer, und die Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist die Verankerung in der Region. Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann (Mitglied der **DPoIG**) verwies in ihrer Rede auf den hohen Stellenwert des öffentlichen Dienstes als Garant für einen gut funktionierenden Staat. In der abschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Herbert Schalthoff (Hamburg1) diskutierten die Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise Stellvertreter der in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien, Dirk Kienscherf (SPD), André Trepoll (CDU), Dr. Anjes Tjarks (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Kruse (FDP) und Deniz Celic (Die Linke). Die AfD-Bürgerschaftsfraktion war ebenfalls eingeladen, hat jedoch keinen Vertreter entsandt. Der alte und neue dbb Landesbundesvorsitzende Rudi Klüver konstatierte zum Abschluss des Landesdelegiertentages: „Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine weiteren Privatisierungen. Die Daseins-

vorsorge und den sozialen Frieden kann nur ein politisch unabhängiger, aber auch loyaler öffentlicher Dienst gewährleisten. Regierungen kommen und gehen, die Verwaltung und die Vollzugsbediensteten bleiben und verfügen über ein langjähriges „Know-how“, ohne jegliche wirtschaftliche Interessen. Aber wir müssen darauf hinweisen, dass der Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst durchschlägt. Wer gute Leute haben will, muss auch entsprechend gut bezahlen und da herrscht hoher Nachholbedarf.“

vorsorge und den sozialen Frieden kann nur ein politisch unabhängiger, aber auch loyaler öffentlicher Dienst gewährleisten. Regierungen kommen und gehen, die Verwaltung und die Vollzugsbediensteten bleiben und verfügen über ein langjähriges „Know-how“, ohne jegliche wirtschaftliche Interessen. Aber wir müssen darauf hinweisen, dass der Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst durchschlägt. Wer gute Leute haben will, muss auch entsprechend gut bezahlen und da herrscht hoher Nachholbedarf.“

Der Landesvorstand



KoPers – oder geht PERS k. o.?

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Das Projekt KoPers (Kooperati-on Personaldienste) läuft seit dem Jahr 2009 und soll mit seiner Personalsoftware ein modulares Personalmanage-mentssystem schrittweise in Hamburg einführen und damit im Abrechnungsverfahren das PAISY-Programm ablösen.

Ursprünglich sollte das Projekt bereits vor vier (!) Jahren been-det sein. Die Projektlaufzeit wurde jedoch bis Ende des Jah-res 2020 verlängert und die Kos-ten haben sich mit 40 Millionen Euro verdoppelt. Ab dem 1. Juli dieses Jahres sollen die Bezüge-abrechnungen der Polizei für alle Mitarbeiter der Polizei über das neue System laufen. Die Rahmenbedingungen über die Ausgestaltung haben die Ge-werkschaften über ihre Spitzen-organisationen mit einer soge-nannten §-93er-Vereinbarung nach dem Hamburgischen Per-sonalvertretungsgesetz festge-legt. In diesem Gremium ist die **DPoIG Hamburg** über ihren Dachverband dbb beteiligt. Kurz vor der KoPers-Einführung in der Polizei waren jedoch noch viele Fragen offengeblieben und die Dienststelle meldete zu-nächst einmal „Rot“ im Rollout-Verfahren. Das KoPers-Projekt hat dann jedoch sehr schnell reagiert und weitere Testver-fahren sowie Hilfestellungen bereitgestellt. Nun bleibt zu hoffen, dass die Umstellung problemlos läuft und alle Kolle-gen ihre Bezüge und Gehälter korrekt erhalten.

Schwer hatten es jedoch vor-her noch die Personalsachbear-beiter, die beim Übergang zum neuen System viele Fehlermel-dungen in kurzer Zeit zu berei-nigen hatten. Unglücklicher-weise kommt KoPers in einer Zeit bei der Personalabteilung

(PERS 3) an, in der eine starke Arbeitsbelastung vorhanden ist: Urlaubszeit, Personalwech-sel, freie Stellen, laufende Aus-schreibungsverfahren und eine generell hohe Arbeitsbelas-tung führen dazu, dass die Auf-gabenbewältigung insgesamt sehr schwerfällt. Besonders die Fluktuation in der Perso-nalabteilung führt dazu, dass ständig neue Kollegen eingear-beitet und Vorgänge neu auf-geteilt werden müssen. Schön wäre es aus Sicht der **DPoIG Hamburg**, wenn hier wieder Ruhe in die personelle Beset-zung einkehrte. Aber der interne Arbeitsmarkt ist in Ham-burg in Bewegung und es gibt derzeit viele interessante Stel-len auf dem internen Arbeits-markt. Dies gilt für die Sachbe-arbeiter genauso wie für die Führungskräfte und die Ersten Sachbearbeiter. Auf die beson-



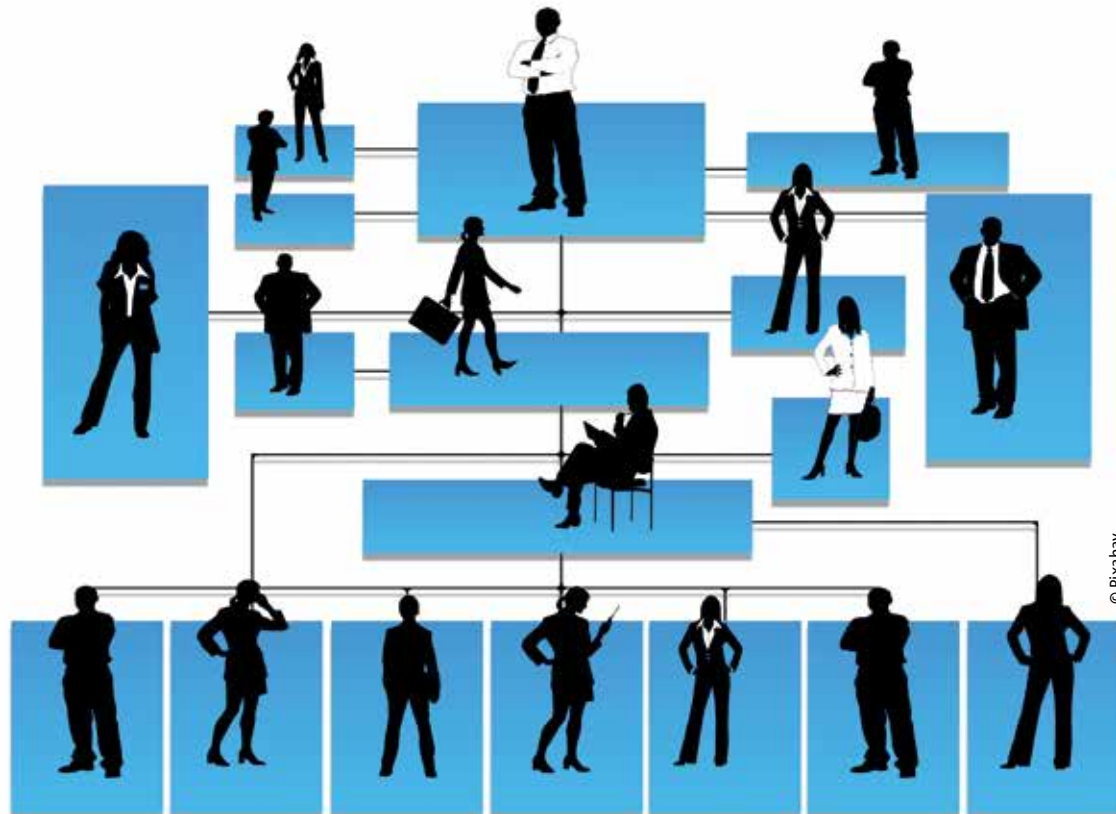
> Beate Petrou

© DPoIG Hamburg

dere Problematik, dass in eini-gen Behörden die Stellen in der Personalabteilung höher be-wertet sind, hat die **DPoIG Hamburg** bereits mehrfach hingewiesen. Die **DPoIG Ham-burg** ist sich mit der Leitung der Personalabteilung einig, dass

sich die Personalbemessung an den erhöhten Einstellungszah-len im Polizeivollzug und in der Verwaltung flexibel und zeit-nah anpassen muss. Vielleicht müssen auch ganz neue Wege beschritten werden, die immer mehr werdende Arbeit anders zu verteilen? Dazu sind kreative Ideen gefragt, gemeinsam soll-ten die Kolleginnen und Koll-e-gen, die Führungskräfte und die Mitarbeiter mit dem Perso-nalrat und den Gewerkschaf-ten einen Weg suchen. Ziel sollte es dabei sein, die Anfor-derungen an eine gute, service-orientierte Personalabteilung zu optimieren.

Wie heißt es doch richtig: Die wichtigste Ressource jedes Unternehmens sind die Mitarbeiter, die Personalabteilung fördert dafür die Investitio-nen!



© Pixabay



WSPK 3: Tag der offenen Tür

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei

© Frank Riebow (9)



Open house – open ship: Die Kolleginnen und Kollegen des Harburger Wasserschutzpolizeikommissariats 3 luden zum Tag der offenen Tür. Hunderte Besucher, darunter auch zahlreiche Kollegen mit ihren Partnern, Angehörigen und Kindern, fanden den Weg in den Überwinterungshafen. Da parallel gleichzeitig das Harburger Binnenhafenfest stattfand,

gab es gleich zwei Publikumsmagnete und überall wurde viel geboten. Am WSPK 3 bedeutet das: Polizei zum „Anfassen“, zum „Hören“ und zum „Mitmachen“. Das Polizeiorchester empfing die Besucher am Haupteingang des Dienstgebäudes und zeigte sich von seiner besten Seite. Live ist eben live, da kann keine Tonkonserve mithalten. Selbstver-



ständlich durften das Dienstgebäude und die Dienstboote besichtigt werden. Highlights für die Kinder waren natürlich der Funkstreifenwagen, das

Polizeikrad und die Polizeihunde. Darüber hinaus gab es Verlosungen, eine Vorführung der Maritimen Einsatzeinheit (MME), Informationen rund um die dienstlichen Aufgaben der Wasserschutzpolizei und für das leibliche Wohl war natürlich ebenso gesorgt. Ein rundum gelungener Tag! Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen des WSPK 3 für die perfekte Organisation und das Engagement – super!





Zehn Jahre Radsportteam WEISSER RING Hamburg

DPoIG unterstützt das Engagement des Teams von Beginn an

Vor wenigen Wochen feierte das Radsportteam WEISSER RING Hamburg der BSG Polizei Hamburg sein zehnjähriges Bestehen im Anglo-German Club. Das Radsportteam bedankte sich bei seinen Förderern und Unterstützern der letzten Jahre, besonders bei der BBBank und der **Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)**. Zum Gratulieren waren unter anderem US-Generalkonsul Richard Yoneoka, Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und der Kaffee-Unternehmer Albert Darboven gekommen. Für die **DPoIG Hamburg** nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Vöge, selbst ein enthusiastischer Radfahrer, an

der Jubiläumsveranstaltung teil. Das Landesbüro des WEISSEN RINGS Hamburg, an der Spitze mit Hans-Jürgen Kamp und Kristina Erichsen-Kruse, durfte natürlich nicht fehlen. Hatten die Polizisten doch 2008 die Idee, neben ihren Sponsoren das Logo des WEISSEN RINGS auf ihrem Trikot zu tragen! Dieses Vorhaben wurde mit Wolfgang Sielaff, damaliger Landesvorsitzender des WEISSEN RINGS Hamburg, umgesetzt. Seit dieser Zeit setzt sich das Radsportteam bei nationalen und internationalen Radsportereignissen für die Kriminalitätsofferhilfe und die Präventionsarbeit des WEISSEN RINGS ein – danke! Am 25. Au-



> Zehn Jahre Radsportteam WEISSER RING HAMBURG – zehn Jahre Engagement für Kriminalitätsoffer.

gust startet die dritte Deutschlandtour für den WEISSEN RING an der Elbphilharmonie mit 24 Radsportlern und sechs Betreuern nach Dresden. In einer Woche werden rund 1.000 Kilometer für die Kriminalitäts-

opferhilfe des WEISSEN RINGS auf dem Rennrad absolviert sein. Am 1. September soll das Ziel, die Dresdner Frauenkirche, erreicht sein. Hals- und Beinbruch und vielen Dank für euer tolles Engagement! ■

DPoIG: Vlotho-Seminar am Gesamteuropäischen Studienwerk

Seit 1991 führt die **DPoIG Hamburg** Seminare am Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) in Vlotho durch. 22 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Hamburger Dienststellen sowie aus Baden-Württemberg, Thüringen und Schleswig-Holstein haben vom 11. bis zum 15. Juni dieses Jahres im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho an einem Seminar zum Thema „Innere und äußere Sicherheit in Europa“ der **Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg** teilgenommen. Über das Medienrecht sowie den Einfluss neuer Medien auf die Gesellschaft referierte Jörg Lauenroth vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg. Außerdem besuchten die Teilnehmer das Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover. Dort referierte der renommierte Krimi-

nologe Professor Christian Pfeiffer über Migration und Kriminalität. Vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden besuchte uns Holger Kriegeskorte und berichtete über Betrugs- und Wirtschaftskriminalität in der Europäischen Union. Navina Engelage vom Gesamteuropäischen Studienwerk berichtete

über die EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der Institutsratsleiter des GESW, Dr. Gerhard Schüsselbauer, unterrichtete die Kollegen über aktuelle ökonomische Herausforderungen in der EU, im Spannungsfeld mit Amerika, China und Russland. Eugen Linden vom Polizeipräsidium Koblenz referierte über

die Einsatzlage „Rock am Ring“ des letzten Jahres. Die Gäste der Großveranstaltung mussten aufgrund einer terroristischen Gefährdungslage evakuiert werden. Dr. Mariella Gronenthal berichtete über politische Radikalisierung und religiösen Fundamentalismus. Ein tolles Seminar mit herausragenden Referenten und begeisterten, engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern, das sehr kurzweilig verlief. So macht Fortbildung wirklich Spaß! Ein Dank an die **DPoIG Hamburg**. **DPoIG**-Landesvize Klaus Vöge besuchte das Seminar und zeigte sich begeistert vom Interesse der Kolleginnen und Kollegen. Auf ein Wiedersehen im Jahr 2019 im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho!



> Die Teilnehmer des diesjährigen Vlotho-Seminars.

Jörg Lauenroth